V-12-001 Menschenrechte sind unverhandelbar - Abschiebestopp nach Bulgarien muss überprüft werden!

Antragsteller*in:	Elias Enderlein (KV Köln)
Status:	Zurückgezogen

Titel

Ändern in:
Bessere Bedingungen für Geflüchete in Bulgarien

Änderungsantrag zu V-12

Von Zeile 1 bis 19:
Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich in der Landesregierung dafür ein auch bei Dublin Überstellungen auf die Einhaltung der Menschenrechte hinzuwirken.

~~Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich in der Landesregierung dafür ein, dass ein sofortiger, sechsmonatiger Abschiebestopp von Geflüchteten nach Bulgarien verhängt wird. Hintergrund sind Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie ProAsyl, Matteo Kirchen und Asyl eV und dem Kölner Spendenkonvoi eV, die die dramatische humanitäre Lage von Geflüchteten in Bulgarien aufzeigen. Besonders besorgniserregend ist die Situation im Abschiebegefängnis Busmantsi, in dem aus Deutschland abgeschobene~~Hintergrund sind Berichte von Nichtregierungsorganisationen, die die dramatische humanitäre Lage von Geflüchteten in Bulgarien aufzeigen. Besonders besorgniserregend ist die Situation Aufnahmeeinrichtungehn, in denen Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen über Wochen bis Monate interniert werden.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf,im Rahmen ihrer Europapolitischen Kompetenzen darauf hinzuwirken, dass durch die Europäische Kommission eine Neubewertung der Menschenrechtslage für Geflüchtete in Bulgarien geprüft wird.

~~Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, eine Initiative im Bundesrat zu starten, um eine Neubewertung der Menschenrechtslage für Geflüchtete in Bulgarien durch den Bund zu erwirken. Die jüngsten Berichte zeigen, dass Geflüchtete in Bulgarien systematisch Misshandlungen, unzureichender Versorgung und menschenunwürdigen Haftbedingungen ausgesetzt sind. Zudem werden aus Deutschland abgeschobene Geflüchtete in Bulgarien vor die Wahl gestellt, 18 Monate in einem Abschiebegefängnis inhaftiert zu werden oder die freiwillige Rückkehr in ihr Heimatland anzutreten. Daher ist eine Neubeurteilung der Situation durch die Bundesregierung~~Die jüngsten Berichte zeigen, dass Geflüchtete in Bulgarien systematisch Misshandlungen, unzureichender Versorgung und menschenunwürdigen Haftbedingungen ausgesetzt sind. Daher ist eine Neubeurteilung der Situation durch die Europäische Kommission dringend erforderlich, um eine menschenrechtskonforme Asylpolitik sicherzustellen. In diesem Sinne fordern wir

Von Zeile 33 bis 37:

~~1. Es soll sich für ein sechsmonatiges Abschiebestopp nach Bulgarien durch die Landesregierung NRW eingesetzt werden~~

- Die Landesregierung soll prüfen, ob im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Maßnahmen ergriffen werden können, die im Einklang mit den Standards des GEAS und der Dublin-Verordnung stehen, um die Situation in Bulgarien zu adressieren.

~~2. Es soll sich eingesetzt werden, dass die NRW Landesregierung eine Initiative im Bundesrat startet, um eine Neubewertung der Menschenrechtslage für Geflüchtete in Bulgarien zu erwirken~~

- Die Landesregierung soll auf entsprechenden Ebenen auf die Einhaltung der Dublin-Verordnung hinwirken und den Dialog mit anderen Bundesländern sowie Mitgliedsstaaten der EU zu suchen, um die Menschenrechtslage in Bulgarien zu thematisieren.

Begründung

Da Bulgarien teil unserer Europäischen Union ist, liegt die Zuständigkeit bei der Europäischen Kommission.

Unterstützer*innen

Ben Drosihn (KV Köln); Ben Hilgers (KV Köln); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Thommy Mewes (KV Rhein-Erft-Kreis); Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Benjamin Dick (KV Aachen); Patrick Kloß (KV Köln); Thies Wiemer (KV Bielefeld); David Jacobs (KV Köln); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Niklas Geßner (KV Solingen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Christian Fritsch (KV Düsseldorf); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Thomas Reimann (KV Soest); Christoph Kühl (KV Leverkusen)